

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses
am 24.02.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitzender)

CDU

Herr Nettelstroth (stellv. Vorsitzender)

Herr Rüter

Herr von der Heyden

Herr Werner

(bis 18:10 Uhr)

Frau Osthus

(ab 18:10 Uhr)

SPD

Frau Biermann

Herr Bürgermeister Grube

Herr Hamann

Herr Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rees

Frau Dr. Schulze

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Frau Schmidt

Bürgernähe

Herr Schmelz (beratendes Mitglied)

Entschuldigt fehlen:

Herr Bürgermeister Helling, CDU

Herr Lux, CDU

Als Zuhörer anwesend:

Herr Nockemann, Ratsmitglied, SPD

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Frau Beigeordnete Ritschel

Herr Beigeordneter Moss

Herr Schlüter, Presseamt

Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

Gäste:

Herr Holtkamp (Bielefeld Marketing GmbH)

Herr Brinkmann (DSC Arminia Bielefeld)

Herr Dr. Erdmann (DSC Arminia Bielefeld)

Herr Schnitzmeier (DSC Arminia Bielefeld)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen gratuliert Herrn Werner zu seinem heutigen Geburtstag und stellt sodann die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Beteiligungsausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 16.02.2011 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

-:-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 13. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 27.01.2011

B e s c h l u s s:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 13. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 27.01.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Illegale Preisabsprachen bei Anbietern von Aufbauten für Feuerwehrlöschfahrzeuge

Frau Beigeordnete Ritschel teilt mit, dass das Bundeskartellamt am 10.02.2011 gegen drei Anbieter von Aufbauten für Feuerwehrlöschfahrzeuge wegen illegaler Absprachen Bußgelder in Höhe von insgesamt 20,5 Mio. € verhängt habe. Es handele sich um die Albert Ziegler GmbH & Co. KG aus Giengen, die Schlingmann GmbH & Co. KG aus Dissen und die Rosenbauer Gruppe mit Standorten in Luckenwalde und Leonding/Österreich. Gegen ein viertes Unternehmen werde zurzeit noch ermittelt. Diese vier Unternehmen deckten gemeinsam mehr als 90 % des Marktes für Feuerwehrlöschfahrzeuge ab.

Auch die Feuerwehr Bielefeld habe im Rahmen entsprechender Ausschreibungen von den betreffenden Herstellern Fahrzeuge bzw. Aufbauten, aber auch weitere feuerwehrtechnische Ausstattung bezogen. In den letzten 5 Jahren hätte es sich um insgesamt 12 Fahrzeuge/Aufbauten mit einem Auftragswert von insgesamt ca. 2 Mio. € gehandelt.

Die Höhe des durch die Kartellabsprachen entstandenen Schadens könne derzeit noch nicht beziffert werden. Die Absprachen erstreckten sich auf Marktanteile (Quoten) und Preise.

Der Deutsche Städtetag habe in der Angelegenheit bereits Kontakt zu seinen Mitgliedern aufgenommen und werde prüfen, ob und in welcher Form Ansprüche geltend gemacht werden könnten. Da sich in vergleich-

baren Fällen ein abgestimmtes Vorgehen und evtl. Sammelklagen als sinnvoll erwiesen habe, werde die Stadt Bielefeld hierzu in Kontakt mit dem Städtetag bleiben und sich einem entsprechenden Verfahren zu gegebener Zeit anschließen.

Des Weiteren führe das Bundeskartellamt derzeit auch ein Ermittlungsverfahren gegen Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen, die mit Drehleitern ausgerüstet seien. Dieses Verfahren, in dem auch die Feuerwehr Bielefeld als Zeuge befragt worden sei, solle ebenfalls in Kürze abgeschlossen werden.

Zu Punkt 3

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Runder Tisch zur Vorbereitung des 800. Stadtjubiläums (Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.02.2011)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2114/2009-2014

Antragstext:

Die Bielefeld Marketing GmbH wird gebeten, bis zum 31.03.2011 alle Organisationen, Institutionen und Initiativen zu einem Runden Tisch einzuladen, die Interesse haben, sich an der Konzeptentwicklung sowie mit eigenen Beiträgen an den geplanten Feierlichkeiten zum 800. Stadtjubiläum im Jahre 2014 zu beteiligen.

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die vor Sitzungsbeginn verteilte Projektskizze der Bielefeld Marketing GmbH.

Frau Dr. Schulze begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Hinweis, dass es in der Bürgerschaft ein großes Interesse gebe, sich an der Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 800. Stadtjubiläum zu beteiligen. Die vorliegende Projektskizze werde von den Bürgerinnen und Bürgern als zu kopflastig erachtet und vermittle überdies den Eindruck, dass sie als mögliche Ideengeber nicht ausreichend berücksichtigt würden. Das von der Bielefeld Marketing GmbH für November 2011 vorgesehene Ideen-Forum mit Bürgerinnen und Bürgern sei aus ihrer Sicht hierfür zu spät. Vielmehr sollte dies Ende März erfolgen, damit eine entsprechende bürgerschaftliche Beteiligung auch bei den weiteren Verfahrensschritten gewährleistet sei.

Zu Beginn seiner Ausführungen weist Herr Holtkamp darauf hin, dass sich die Bielefeld Marketing bereits seit 2008 grundsätzlich und seit An-

fang Januar 2011 in einem eigens dafür eingerichteten Projektbüro mit dem 800. Stadtjubiläum in 2014 befasse. Ziel der vorliegenden Projektskizze sei die Entwicklung eines strukturierten Verfahrens, durch das gewährleistet werde, dass das Stadtjubiläum einerseits zu einer höheren Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt führe und andererseits eine Ausstrahlungswirkung in die Region hinein entfalte. Da es aus Sicht der Bielefeld Marketing GmbH hierfür nicht ausreichend sei, einen „großen Kessel Buntes“ zu präsentieren, solle in einem für Mai geplanten Ideen-Labor mit Vertretern der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen ein thematisches Dach entwickelt werden. Durch die im November geplante Veranstaltung des Ideen-Forums solle die Bevölkerung motiviert werden, sich in Einzelprojekten einzubringen. Aktuell fänden zudem Gespräche mit Vertretern von Vereinen und Verbänden statt, die allerdings nicht unbedingt in führenden Funktionen in diesen Institutionen seien, da mit diesem Verfahren auch sehr positive Erfahrungen im Rahmen der Vorbereitung der Geniale gemacht worden seien. Der gesamte Prozess werde durch ein Kuratorium begleitet, das ein oder zwei Mal im Jahr tagen werde. Darüber hinaus werde noch eine monatlich tagende Lenkungsgruppe gebildet. Abschließend betont Herr Holtkamp, dass das NRW-Fest 2014, das in Bielefeld vom 27.06. – 29.06.2014 veranstaltet werde, nur einen Baustein im Rahmen des gesamten Programms darstelle, das sich über das gesamte Jahr erstrecken werde.

Herr Rüter erklärt, dass der vorliegende Antrag aus Sicht seiner Fraktion gegenstandslos sei, da der Inhalt der Projektskizze weit über das Antragsbegehren hinausgehe. Das Konzept sei überzeugend und schlüssig. Im Übrigen habe die Bielefeld Marketing GmbH bereits des Öfteren unter Beweis gestellt, dass sie im Stande sei, ein entsprechendes Konzept erfolgreich umzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Clausen merkt an, dass das Ideen-Labor aus seiner Sicht durchaus mit dem beantragten Runden Tisch vergleichbar sei und insofern kein großer Dissens bestehe. Vor diesem Hintergrund schlage er vor, die Projektskizze zur Kenntnis zu nehmen und darüber hinaus die Bielefeld Marketing GmbH zu bitten, das Ideen-Labor im Mai 2011 für alle interessierten Institutionen, Vereine und Verbände offen zu halten.

Frau Dr. Schulze betont nochmals, dass die grundsätzliche Frage die des Zeitpunkts der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess sei. Im Rahmen der ganzjährigen Veranstaltungen zum 800. Stadtjubiläum werde es eine Vielzahl von Möglichkeiten geben sich zu präsentieren. Gerade die auf bürgerschaftlichem Engagement beruhenden Veranstaltungen hätten ein weitaus größeres Identifikationspotential als Veranstaltungen, die von einem relativ elitären Kreis konzipiert würden. Von daher plädiere sie nochmals für eine möglichst frühzeitige Beteiligung dieser Gruppen und spreche sich dafür aus, das Ideen-Labor so offen zu gestalten, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger davon angesprochen fühlen würden.

Herr Holtkamp weist darauf hin, dass sich das Ideen-Labor nicht nur aus Vertretern der Wirtschaft, der Verwaltung und der Politik zusammensetze, sondern auch die Bereiche Kultur, Bildung, Vereine und Verbände umfasse. Insofern sehe er keinen Widerspruch zu den Anregungen von Frau Dr. Schulze.

Frau Schmidt erklärt, dass die in der Projektskizze genannte Aufzählung der Teilnehmer am Ideen-Labor keine offene Runde darstelle. Insofern fordere sie ebenfalls für ein größeres Maß an Offenheit.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Clausen fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss sodann folgenden

B e s c h l u s s:

- 1. Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt die Projektskizze der Bielefeld Marketing GmbH zur Kenntnis.**
- 2. Er bittet die Bielefeld Marketing GmbH, das Ideen-Labor offen zu halten für alle Organisationen, Institutionen und Initiativen, die ein Interesse haben, sich an der Konzeptentwicklung der geplanten Feierlichkeiten zum 800. Stadtjubiläum mit eigenen Beiträgen zu beteiligen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.2

**Bericht zur Situation der Feuerwehr in Bielefeld
(Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2011)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2116/2009-2014

Zur Antragsbegründung verweist Herr Werner auf Presseberichte der letzten Wochen, in denen die Frage der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr thematisiert worden sei. Hierdurch sei der Eindruck vermittelt worden, die Ziele des 2004 gemeinsam verabschiedeten Brandschutzbedarfsplans könnten nicht immer erreicht werden. Auch wenn Frau Beigeordnete Ritschel zwischenzeitlich geäußert habe, dass diese Rettungsziele jederzeit eingehalten werden könnten, spreche sich seine Fraktion – gerade unter Berücksichtigung der erheblichen Bedeutung der Feuerwehr für die Stadt – für eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr aus. Hierzu diene der beantragte Bericht der Verwaltung.

Herr Rees merkt an, dass es in der Einschätzung der Bedeutung und der Notwendigkeit der Freiwilligen Feuerwehr sicherlich keinen Dissens gebe. Allerdings habe gerade die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete in Außenbereichen zur Verlängerung der Reaktionszeiten geführt, was nicht zuletzt die Errichtung der Feuerwache Nord erforderlich gemacht hätte. Auch wenn einzelne Fragestellungen des Antrags eher für Fachleute interessant seien, stimme ihm seine Fraktion im Grundsatz zu.

Frau Beigeordnete Ritschel weist zur Vermeidung von Missverständnissen darauf hin, dass der Jahresbericht des Feuerwehramtes (s. TOP 5 dieser Niederschrift) auf die in 2010 geleistete Arbeit der Feuerwehr abhebe ohne dabei schon auf die in dem Antrag aufgeführten detaillierten Fragen einzugehen. Angesichts der gerade in letzter Zeit verstärkt fest-

zustellenden Diskussion über die Situation der Freiwilligen Feuerwehr betont sie, dass das System der Feuerwehr in Bielefeld sowohl auf der Berufsfeuerwehr wie auf der Freiwilligen Feuerwehr beruhe. Vor dem Hintergrund der Diskussion habe sie die Verantwortlichen der Feuerwehr zu Gesprächen eingeladen, in deren Rahmen sie auch die im Antrag aufgeführten Punkte rückkoppeln werde. Ein zentraler Punkt, der stets in den Diskussionen angeführt werde, sei die Frage der Ausstattung mit Fahrzeugen oder mit Gerätehäusern, was letztendlich im Zusammenhang mit fehlenden finanziellen Möglichkeiten stünde. Aber hier sei darauf zu verweisen, dass aufgrund der defizitären Haushaltssituation in vielen anderen Bereichen auch Mangelverwaltung betrieben werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass die Unzufriedenheit in der Feuerwehr nachvollziehbar sei, da berechtigte Investitionswünsche aufgrund des Kreditdeckels, den Bielefeld im Nothaushaltsrecht nicht überschreiten dürfe, nicht hätten getätigt werden können. In diesem Zusammenhang kündigt er an, den Rat in seiner Sitzung am 03.03.2011 über die zukünftige Entwicklung des Kreditdeckels zu unterrichten.

Frau Schmidt betont, dass das ehrenamtliche Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr von großer Bedeutung für die gesamte Stadt sei. Vor diesem Hintergrund habe ihre Fraktion bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die diesen Bereich betreffenden HSK-Maßnahmen kritisiert. Im Übrigen vermisse sie einen regelmäßigen Austausch mit den Führungskräften der Freiwilligen Feuerwehr, der über informelle Gespräche hinausgehe.

Herr Schmelz unterstreicht, dass gerade bei Projekten, die auf bürgerschaftlichem Engagement beruhen würden, nicht gespart werden dürfe. Insofern begrüße er den umfangreichen Fragenkatalog der CDU-Fraktion ausdrücklich.

Herr Oberbürgermeister Clausen entgegnet Herrn Schmelz, dass es vorliegend nicht um Konsolidierungsmaßnahmen gehe. Vielmehr gehe es um die Frage, wie Investitionen mobilisiert werden könnten, um dem Investitionsstau in einem unbestritten wichtigen Handlungsfeld begegnen zu können. Insofern müsse der Antrag auch im Licht der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen betrachtet werden.

Herr Werner führt aus, dass die Unzufriedenheit in der Feuerwehr aus seiner Sicht nicht nur auf fehlende Investitionen zurückzuführen sei. Der gewünschte Bericht diene der Beurteilung der Gesamtsituation der Feuerwehr und sollte die Basis für weitere politische Entscheidungen bilden.

Frau Beigeordnete Ritschel weist darauf hin, dass in dem Jahresbericht der Feuerwehr keine Differenzierung zwischen den Einsätzen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr getroffen werde, da die hohe Effektivität der Bielefelder Feuerwehr auf dem Miteinander beider Bereiche beruhe. Abschließend merkt sie an, dass der Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr anders zu beurteilen sei als viele andere Ehrenämter, da diese Arbeit über viele Jahre hinweg täglich zu leisten sei und insofern ein besonders großes Engagement erfordere.

Herr Rees unterstreicht, dass die Bielefelder Feuerwehr aus der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr bestehe, die sich gemeinsam

für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Insofern warne er vor einer Differenzierung. Im Übrigen weist er darauf hin, dass aus Mitteln des Konjunkturpakets II auch Maßnahmen im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr, wie z. B. das neue Gerätehaus in Sieker, finanziert worden seien.

Herr Sternbacher tritt dem Eindruck entgegen, dass es keinen Austausch zwischen der Politik und der Freiwilligen Feuerwehr gebe. Dies geschehe z. B. regelmäßig im Rahmen der Teilnahme an den Mitglieder- und den Jahreshauptversammlungen der einzelnen Löschabteilungen. Dennoch sei es auch aus seiner Sicht sinnvoll und richtig, den beantragten Bericht zu erhalten, um auf dieser Grundlage eine fundierte Diskussion anknüpfen zu können.

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Haupt- und Beteiligungsausschuss einen umfassenden schriftlichen Bericht zur Situation der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr unter Einbeziehung der folgenden Fragen und Problemstellungen vorzulegen:

- **Personalentwicklung der Freiwilligen Feuerwehr, einschl. Jugendfeuerwehr und der Berufsfeuerwehr seit dem Jahr 2005 sowie eine Prognose bis zum Jahr 2015.**
- **Die Auswirkung der demographischen Entwicklung und die Aussetzung der Wehrpflicht (dadurch verbunden die Aussetzung des Mitwirkens im Katastrophenschutz) auf die Personalstärke.**
- **Welche Maßnahmen werden zur Nachwuchsgewinnung und –förderung bei der Freiwilligen Feuerwehr ergriffen?**
- **Wird der Ausbildungsstand der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr, auch bezogen auf die Dienstgrade, als gleichwertig eingestuft?**
- **Gibt es konkrete Überlegungen zur Auflösung von Löschabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr?**
- **Entwicklung der Einsatzbereitschaft / Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr tagsüber und nachts.**
- **Auflistung der Verteilung der Feuerwehrfahrzeuge nach Alter und Zustand zwischen Berufsfeuerwehr und Löschabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr.**
- **Darstellung der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Geräten seit dem Jahr 2005, unterteilt nach BF und FF.**
- **Wie sind die acht Drehleitern im Stadtgebiet aufgeteilt (Standorte und Alter der Fahrzeuge).**
- **Kommt es aufgrund des teilweise hohen Alters bei Feuerwehrfahrzeugen zu längeren Reparaturzeiten?**
- **Einschätzung des Investitionsstaus bei der Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten.**

- **Einschätzung des Investitionsstaus bei Instandhaltung, Sanierung und/oder Neubau von Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr sowie den Wachen der Berufsfeuerwehr.**
- **Welche Beschaffungs-, Instandsetzungs- oder Baumaßnahmen sind für die nächsten Jahre vorgesehen und in der mittelfristigen Finanzplanung etatisiert?**
- **Gibt es bei der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen der FF ein Mitspracherecht der Löschabteilungen?**
- **Wann ist mit der flächendeckenden Einführung von Digitalfunk zu rechnen?**
- **Kam es in jüngster Vergangenheit zu Funk- und Telefonausfällen oder Störungen? Wenn ja, was wurde dagegen unternommen?**
- **Werden die Löschbezirke – auch unter Einbeziehung städtebaulicher Entwicklungen – den sich ggf. verändernden Rahmenbedingungen angepasst?**
- **Wird die Alarm- und Ausrückeordnung für den ersten Abmarsch und folgende Abmärsche regelmäßig den aktuellen Gegebenheiten angepasst?**
- **Gibt es gemeinsame Übungen der BF und der FF und anderer Hilfsorganisationen zu Groß- und Sonderschadensfällen an möglichen Objekten mit überdurchschnittlichem Gefahrenpotenzial wie z. B. Krankenhäusern, Heimen, Universität, Schulen, Stadtbahn, Industriebetriebe, Herbergs- und Veranstaltungsbetriebe, usw. (auch unter Berücksichtigung der Fertigstellung zukünftiger Objekte wie der A 33)?**
- **Werden die Vorgaben des Brandschutzbedarfsplanes unter Einbindung der Kräfte der BF und der FF zu jeder Zeit sichergestellt?**
- **Wann wird der Brandschutzbedarfsplan aktualisiert bzw. überarbeitet?**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Jahresbericht des Feuerwehramtes 2010

Zu Beginn seiner Ausführungen betont Herr Kleibrink die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehr, ohne die ein sicherer Brandschutz in Bielefeld nicht gewährleistet werden könne. Unter Verweis auf den verteilten Jahresbericht der Feuerwehr 2010 berichtet er anhand einer Folienpräsentation über die Einsatzverteilung bei Bränden, bei Hilfeleistungen und im Rettungsdienst. Eine Auswertung der Einsatzhäufigkeit zeige, dass Feuerwehr und Rettungsdienst in 2010 durchschnittlich alle dreizehn Minuten im Einsatz gewesen seien. Im Rahmen der gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufigen Brandeinsätze seien 36 Menschen gerettet worden (Vorjahr: 53); neben 42 verletzten Menschen sei bedauerlicherweise auch ein Brandtoter zu beklagen gewesen. Die Aktion der Feuerwehr zum Einsatz

privater Rauchmelder sei nach wie vor sehr positiv zu beurteilen. Die Feuerwehr hätte im Berichtszeitraum 73 Meldungen über private Rauchmelder erhalten, von denen 22 tatsächliche Feuer als Ursache gehabt hätten. Die technischen Hilfeleistungen seien von 1.684 auf 2.028 Einsätze gestiegen, was nicht zuletzt auch auf die besonderen Wetterereignisse in 2010 zurückzuführen sei. Nachfolgend berichtet er über einige besondere Ereignisse in 2010, wie z. B. die Explosion eines Imbiss-Wagens auf dem Gelände des Media-Marktes, ein Flugzeugabsturz in Bielefeld-Senne, schwere Verkehrsunfälle auf der A 2 oder die Versorgung der Reisenden auf dem Hauptbahnhof Bielefeld aufgrund der ausgefallenen Klimaanlage eines ICE. Der kontinuierliche Anstieg der Notfallrettungen hätte dazu geführt, dass in 2010 erstmals über 30.000 Einsätze zu verzeichnen gewesen seien. Auch die Einsatzzahl des Rettungshubschraubers Christoph 13 sei auf den bisherigen Höchststand von 1.781 gestiegen. In diesem Zusammenhang sei die Inbetriebnahme des neuen Luftrettungszentrums an der Rosenhöhe besonders zu begrüßen. Durch die Inbetriebnahme der Rettungswache 9 an der Teltower Straße sei der Rettungsdienstbedarfsplan nunmehr komplett umgesetzt worden. Als besonders erfreuliche Ereignisse hebt Herr Kleibrink noch die gelungenen Veranstaltungen zum 150jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr, die Einweihung des neuen Gerätehauses in Altenhagen sowie die Beschaffung von zwei Löschfahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr hervor. Bedauerlicherweise seien auch drei Einbrüche in Gerätehäusern zu verzeichnen gewesen, bei denen es teilweise auch zu erheblichen Vandalismusschäden gekommen sei.

Auf Nachfrage von Frau Schmidt zur Ursache für den Anstieg bei den Rettungseinsätzen erläutert Herr Kleibrink unter Verweis auf die Diskussion anlässlich des Jahresberichts 2009, dass dies durchaus im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel und der kontinuierlich steigenden Zahl älterer und vereinsamer Menschen gesehen werden könne. Darüber hinaus könne ein gestiegenes Anspruchsdenken ebenso mitverursachend sein wie eine mögliche Hilflosigkeit von Großstadtmenschen.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen den Jahresbericht des Feuerwehramtes 2010 zur Kenntnis.

Zu Punkt 6

Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 6. März 2008 in der Fassung vom 5. Oktober 2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1913/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass er eine Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung ablehne.

Herr Nettelstroth merkt an, dass sich seine Fraktion ebenfalls gegen eine Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung ausspreche, da hierdurch die in 2008 nach langwierigen Gesprächen mit dem Einzelhandelsverband, den Gewerkschaften und den Kirchen letztendlich in breitem Konsens verabschiedete „Ordnungsbehördliche Verordnung über das

Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“ in Frage gestellt würde mit der Folge, dass die gesamte Problematik neu zu bewerten und zu diskutieren sei.

B e s c h l u s s:

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat die als Anlage 1 beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 6. März 2008 in der Fassung vom 5. Oktober 2010 abzulehnen.

- einstimmig abgelehnt -

-.-.-